MGM/MGZ wiedergelesen

Klaus Naumann

Militär – Politik – Professionalismus

Michael Geyer*, »Die Wehrmacht der deutschen Republik ist die Reichswehr«. Bemerkungen zur neueren Literatur

In: MGM, 14 (1973), 2, S. 152–199; <https://doi.org/10.1524/mgzs.1973.14.2.152>

<https://doi.org/10.1515/mgzs-2017-0157>

*Michael Geyer zum 70. Geburtstag

Im 14. Jahrgang ihres Erscheinens präsentierten die »Militärgeschichtlichen Mitteilungen« (MGM) einen stattlichen, fast 50-seitigen Aufsatz, der sich die »neuere Literatur« über die Reichswehr vornahm. Er wurde nicht etwa, wie es wohl üblich gewesen wäre, als »Literaturbericht« vorgestellt, sondern wartete mit der Ankündigung auf, dass »Bemerkungen« zur Forschungslage folgen würden. Das mochte einerseits als Ankündigung einer offenen Darstellungsform zu verstehen sein, gleichsam als ein »Freispiel«, andererseits schwang darin ein Anspruch mit, der angesichts des 27-jährigen Autors und Doktoranden, der hier seinen Erstling ablieferte, ebenso vielversprechend wie vermessen erscheinen konnte. Nur Insidern dürfte der Verfasser einer voluminösen Staatsexamensarbeit über »Landesverteidigung. Wehrstruktur am Ende der Weimarer Republik« (1972), der inzwischen bei Andreas Hillgruber in Freiburg i.Br. promovierte,¹ überhaupt bekannt gewesen sein. Bald sollte sich das ändern. Noch vor Erscheinen der beeindruckenden Dissertation unter dem Titel »Aufrüstung oder Sicherheit. Die Reichswehr in der Krise der Machtpolitik 1924–1936« (1980) lieferte der Autor eine ganze Reihe weiterer Aufsätze zur Militärgeschichte der Zwischenkriegszeit ab, die in der Reichweite ihrer Themen und Implikationen weit über den Zeitrahmen hinausgriffen.

¹ Hillgruber nahm 1974 einen Vortrag in Oxford zum Anlass, um die Arbeitsergebnisse und Thesen seines Doktoranden vorzustellen. Vgl. Andreas Hillgruber, Militarismus am Ende der Weimarer Republik und im »Dritten Reich«. In: Andreas Hillgruber, Großmachtpolitik und Militarismus im 20. Jahrhundert. 3 Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Düsseldorf 1974, S. 37–51.

Kontakt: Klaus Naumann, E-Mail: naumann.kl@web.de

Unschwer war diesen Beiträgen zu entnehmen, dass Michael Geyer im Gefolge – wenn auch nicht in Gefolgschaft – der zeitgenössischen 68er-Protestbewegung und unter dem Eindruck des atomstrategischen Sicherheitsdiskurses der Entspannungsära einen Zugriff auf die wissenschaftliche Hypothesenbildung, Problemdefinition und Fragestellung pflegte, der in der »Zunft« heftig umstritten war. Seine Texte über die 1920er und 1930er Jahre enthielten Stichworte wie »Arms Control«, »Rüstungssteuerung« oder »Abschreckung« und entwickelten daraus zugespitzte Fragestellungen, die einer Reihe von Grundannahmen der damaligen Militärgeschichtsschreibung den Boden unter den Füßen wegzogen. Das wurde nicht durchweg goutiert. Selbst ein ausgesprochen wohlwollender Rezensent der Dissertation meinte, in Geyers Studie eine Hintergrundthese ausmachen zu können, die der »politische[n] Wirklichkeit« die Zustimmung verweigere. Der Militärhistoriker, so hieß es, folge der »Meta-Grundthese«, »daß der Krieg als Mittel der Politik im 20. Jahrhundert eigentlich seiner letzten Reste von Legitimität verlustig gegangen ist«.² Demgegenüber machte der Rezensent geltend, dass auch nach dem Zweiten Weltkrieg »Kriege aller Art« die Welt erschütterten und sich leider allgemeiner Akzeptanz erfreuten. Das war eine Entgegnung, die in ihrem kontraphobischen Affekt selbst von den Erschütterungen der zeitgenössischen Konfliktlagen (z. B. der Nachrüstungs-Ära) geprägt war. Denn wenn man schon der Meta-Annahme folgen wollte, die Geyer hier angetragen worden war, konnte man diese auch ganz anders lesen. Dann lief sie auf die Frage hinaus, was es denn bedeuten mochte, wenn kriegerische Gewalt ihre bisherige Selbstverständlichkeit eingebüßt hatte und legitimationsbedürftig geworden war. Das wiederum traf einen der zentralen Untersuchungsgegenstände von Geyer, der beobachtete, wie die Militärorganisationen seit dem Ersten Weltkrieg in die »politische und gesellschaftliche Arena« katapultiert wurden. Kurzum: Eine vereinfachende Lesart der Beiträge des jungen Militärhistorikers war dazu angetan, eine ganze Reihe von innovativen Impulsen zu übersehen, die oft erst mit jahrzehntelanger Verzögerung zündeten.³

² Wilfried von Bredow, Rezension zu Michael Geyer, »Aufrüstung oder Sicherheit«. In: Archiv für Sozialgeschichte, 21 (1981), S. 776–778, hier S. 778.

³ Einen Eindruck von dieser Langzeitwirkung geben beispielsweise folgende Arbeiten: »Der Tod als Maschinist«. Der industrialisierte Krieg 1914–1918. Katalog zur gleichnamigen Ausstellung im Museum Industriekultur. Hrsg. Bernd Ulrich und Rolf Spilker, Osnabrück 1998; Markus Pöhlmann, Kriegsgeschichte und Geschichtspolitik: Der Erste Weltkrieg. Die amtliche deutsche Militärgeschichtsschreibung, 1914–1956, Paderborn 2002; Thomas Kühne, Kameradschaft. Die Soldaten des nationalsozialistischen Krieges und das 20. Jahrhundert, Göttingen 2006; Rüdiger Bergien, Die bellizistische Republik. Wehrkonsens und »Wehrhaftmachung« in Deutschland 1918–1933, München 2012, oder Frank Reichherzer, »Alles ist Front!« Wehrwissenschaften und die Bellifizierung der Gesellschaft im Zeitalter der Weltkriege, Paderborn 2012.

Das Irritierende und Provozierende des Denkansatzes von Geyer bestand nicht zuletzt darin, dass er verstand, die Tiefenschichten einer Zeitdiagnose der atomaren Konstellation (stellvertretend genannt sei Carl Friedrich von Weizsäckers Studie »Kriegsfolgen und Kriegsverhütung«, 1970) in eine historische Heuristik zu übersetzen, die ihm neue Wege in der Geschichtsschreibung des Krieges, Militärs und der Politik im 20. Jahrhundert öffnete. Geyer gelang es, die Zwischenkriegszeit als eine Krise der Gewalt, ihres Nutzens und ihrer Nützlichkeit zu lesen – obwohl doch (oder gerade weil) die »historische Wirklichkeit« die Entgrenzung und die Exzessivität der Gewaltbereitschaft unterstrichen hatte. Das war keine kontrafaktische Geschichtsschreibung. Im Gegenteil: In seinen Arbeiten wurde deutlich, wie sehr die Destabilisierung des zivilisatorischen Modells der Gewaltkontrolle (die »Monopolisierung der Gewalt«) einen gesamtgesellschaftlichen Ausdruck angenommen hatte, dessen Ausprägungen und Folgen weit über den thematisierten Zeithorizont der 1920er und 1930er Jahre hinausreichten.

Übersehen wurde jedoch auch – und vielleicht fällt das erst in der Rückschau so richtig ins Auge –, dass Geyer sich den damals beginnenden Fraktionierungen in eine Sozial- oder Gesellschaftsgeschichte bzw. später in eine (mehr oder weniger) Neue Politikgeschichte oder eine Geschichte »von unten« vom Ansatz her verweigerte, ohne dass er diesen Richtungs- und Schulbildungen gegenüber sprachlos oder gar desinteressiert blieb.⁴ Das lag nicht allein an der Distanz seines amerikanischen Standorts (denn ein deutscher Lehrstuhl hatte sich für ihn nicht gefunden!). Eine Rolle spielte vor allem sein unbescheidener Ansatz, der, wie bald nach den ersten Veröffentlichungen erkennbar werden sollte, auf einen ganzheitlichen, gleichsam »totalen« Zugriff auf die komplexe Materie der Gewaltprozesse des 20. Jahrhunderts abstellte. Die »Vergesellschaftung der Gewalt«, die »Sozialisierung der Gefahr« und die »Industrialisierung der Kriegführung« – das waren einige der Stichworte, deren Spurenelemente sich bereits im Erstlingsaufsatz in der damaligen MGM entdecken lassen.

In den Hintergrund der hiesigen Wahrnehmung trat schließlich eine Kernthese seiner Arbeiten, auf die Thomas Mergel in einer kleinen Studie über »Politikbegriffe in der Militärgeschichte« mit zwanzigjähriger Verspätung aufmerksam gemacht hat.⁵ Indem Geyer nämlich die moderne Kriegführung als politische

4 Diesen Eindruck vermittelt Michael Geyer, *Souveräne Geschichtsschreibung für eine semi-souveräne Nation*. Zu Hans-Ulrich Wehlers Primat der Innenpolitik. In: *German Zeitgeschichte*. Konturen eines Forschungsfeldes. Hrsg. von Thomas Lindenberger und Martin Sabrow, Göttingen 2016, S. 144–171.

5 Vgl. Thomas Mergel, *Politikbegriffe in der Militärgeschichte*. Einige Beobachtungen und ein Vorschlag. In: *Was ist Militärgeschichte?* Hrsg. von Thomas Kühne und Benjamin Ziemann, Paderborn [u.a.] 2000 (= *Krieg in der Geschichte*, 6), S. 141–156.

Handlung beschrieb, schlug er eine Brücke zwischen den Polen der dualistischen Theorie eines Gerhard Ritter, der zwischen »Staatskunst« und »Kriegshandwerk« unterschied, und er differenzierte den konvergenztheoretischen Ansatz eines Hans Delbrück, der der Politik die höhere Rationalität, dem Militär hingegen die höhere Effizienz zubilligte. Aber wo war der Ort des Politischen im militärischen Handlungsfeld? Diese Frage erwies sich als ein Fokus seiner Überlegungen. In den »Bemerkungen« von 1973 fand sich bereits eine richtungsweisende Antwort: »Um die politischen Dimensionen militärischen Handelns abzustecken, bedarf es vermehrt einer Realgeschichte militärischer Sachprobleme« (S. 197). Folgte man dieser Realgeschichte, bot sich Geyer ein beunruhigendes Panorama militärischen Handelns: »In dem Maße, wie die technische Entwicklung eine Sozialisierung der Gefahr herbeiführte, entzog sie der einseitigen Armee [hier: die Reichswehr/Wehrmacht] den Boden unter den Füßen. Seit dem Ersten Weltkrieg ist man konfrontiert mit der immer ausgefeilteren Suche nach Substituten für eine politische Neuorientierung« (S. 194). Das war nun wirklich ein programmatischer Satz, dessen Tragweite in den damals vorgetragenen Einwänden gegen die vorliegende Literatur zum Ausdruck kam, aber noch der weiteren Konkretisierung bedurfte. Ging es nur um »technische Entwicklungen«? Was verstand der Autor unter der »einseitigen Armee« und worin zeigten sich die »Substitute« der militärischen Suchbewegungen?

Im MGM-Beitrag zeigte sich die Denkrichtung, die Geyer einschlug, beispielhaft in seiner Kritik an der 1964 in deutscher Übersetzung vorgelegten Studie von Francis L. Carsten »Reichswehr und Politik, 1918–1933«. An ihm, aber auch an anderen Autoren wie Wolfgang Sauer oder Gordon A. Craig kritisierte er die Annahme militärischer Autonomie (»Staat im Staate«); sie täusche darüber hinweg, dass spätestens seit dem Ersten Weltkrieg Gewaltorganisation nicht mehr isoliert stattfand, sondern »vergesellschaftet« worden war. Mit anderen Worten: Hinter der scheinbaren Autonomie der Reichswehr verbarg sich eine zunehmende Abhängigkeit von gesellschaftlichen und politischen Kontexten, die das Militär zu interventionistischen Praktiken antrieben – sei es bei der Mobilisierung, der Ressourcenplanung, der Wehrerziehung oder der öffentlichen Legitimation. Sahen viele Reichswehrhistoriker vornehmlich auf den Regimewechsel vom Kaiserreich zur Republik, konstatierte Geyer eine doppelte Krise, denn neben der »Krise der Armee auf Grund des Zusammenbruchs der Monarchie« stand die »langfristigere Krise der professionellen und hierarchischen Armee in einer industrialisierten Gesellschaft« (S. 198). Nicht die Ideologie oder Tradition einer vermeintlich wilhelminischen und aristokratischen Armee bezeichneten die akute Problematik der Weimarer Republik, sondern die »scheinbar objektiv notwendig gewordene [...] Expansion der Rolle der Armee« (S. 199). Im Zentrum dieses Krisengeschehens identifizierte Geyer in seinen Aufsätzen der folgenden Jahre die

Krise des Offizierkorps, genauer noch: die Krise des modernen militärischen Professionalismus. Dahinter zeigten sich ihm jedoch die Umrisse einer tiefgreifenden Legitimationskrise des Militärs. Dieser Befund war nicht ohne Pointe, denn Geyer konnte belegen, dass es gerade nicht die aristokratischen und traditionalistischen Elemente des Militärs waren, welche die Republik destabilisiert hatten, sondern die modernen, technokratischen Kader eines avancierten »Führerheers«.

In konzentrierter Form zeigte sich hier die »einseitige Armee«, von der im Literaturbericht von 1973 die Rede gewesen war. Mit der Doppelkrise des Militärs ging ein Professionalisierungsschub einher, der hochambivalente Folgen hatte. Das Offizierkorps der Reichswehr entwickelte sich zu einem modernen Berufsstand besoldeter Staatsdiener, wenn auch die vorherrschenden Staatsbilder keineswegs mit der Verfassungsrealität der Republik kongruent waren. Das mochte nach außen anders garniert werden, im Kern jedoch verlagerte sich die militärische Selbstdefinition zunehmend auf Expertise, Effizienz, Leistung, Funktionalität und Performanz. Für den Einsatz dieses Expertenwissens und der akkumulierten Fähigkeiten im Interesse des »Staates« verlangten die Offiziere Achtung und Anerkennung. Das Dilemma freilich, das Geyer immer wieder hervorhob und materialreich belegte, bestand darin, dass das militärische Leistungsversprechen (Sicherheit zu garantieren und Landesverteidigung zu gewährleisten) auf dieser militärfachlichen Basis und ausschließlich militärischen Grundlage gar nicht mehr einzulösen war.⁶ Damit aber drohte der symbolische Tausch zwischen Politik, Gesellschaft und Militär ausgehöhlt zu werden, der einstmals die militärische Autonomie und Exklusivität begründet hatte. Die Tauschleistung hatte in dem professionell grundierten Versprechen bestanden, durch operativ-strategisches Wissen und militärische Fähigkeiten Kriegserfolg und Kriegsbegrenzung zu garantieren und damit das Wohl der Nation zu sichern. Nun aber mischten sich seit dem Ersten Weltkrieg weltpolitische Abhängigkeiten (eine markante Welle zeitgenössischer Globalisierung) ins militärische Geschäft; Abhängigkeiten, die für Deutschland aufgrund des Friedensvertrages von Versailles besonders restriktiv ausfielen, aber keineswegs singulär waren. Obendrein hatte sich die Kriegführung als komplexes, arbeitsteiliges und gesamtgesellschaftlich ausgreifendes (wir würden heute sagen: vernetztes) Problem erwiesen, in dem sich der Autonomievorbehalt des Militärs leicht als Konfliktstoff erweisen konnte, es sei

⁶ Vgl. insbesondere Michael Geyer, Die Geschichte des deutschen Militärs von 1860 bis 1945. Ein Bericht über die Forschungslage (1945–1975). In: Die moderne deutsche Geschichte in der internationalen Forschung, 1945–1975. Hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Göttingen 1978, S. 256–286, und Michael Geyer, The Crisis of Military Leadership in the 1930s. In: Journal of Strategic Studies, 14 (1991), 4, S. 448–462.

denn, man kehrte – wie die III. Oberste Heeresleitung 1916 – den Spieß um und beanspruchte, Politik und Gesellschaft zum Anhängsel effizienter Kriegführung zu machen. Die Niederlage ließ sich indessen auch damit nicht abwenden.

Das war der Punkt, an dem Geyer die »Suche nach Substituten« ins Spiel brachte, die er schon so früh in seinem Literaturaufsatz annonciert hatte. Denn konnte oder wollte man nicht begreifen – wie das bei Reichswehr und Wehrmacht der Fall war –, dass die »Politisierung« der Kriegführung wie der Kriegsverhinderung unausweichlich und vor allem kein Prärogativ des Militärs waren, blieb nur die Zuflucht zu immer neuen Aushilfen. Die ultimative Ratio dieser Suche nach Auswegen aus dem Sicherheitsdilemma stellte de facto nicht auf die Rettung der Nation ab, sondern lief darauf hinaus, die eigene Autonomie und professionelle Exklusivität zu wahren. Der Anspruch, das Sicherheitsdilemma im Rahmen des professionellen militärischen Denkens und seiner »Sachnotwendigkeiten« lösen zu können – das war Geyers zentrale These –, mündete in Revisionismus, Aufrüstung, gesellschaftliche Militarisierung und technische Modernisierung. Das Paradox bestand darin, dass das Militärregime unter dem Druck professioneller Sachzwänge gleichsam sehenden Auges Realitätsflucht betrieb, um die Grenzen des eigenen Metiers und seiner Geltungsansprüche nicht eingestehen zu müssen.

Problemgeschichtlich implizierte diese Analyse zwei Weiterungen: Die eine führte zum Gewaltradikalismus, die andere zur Militärpolitik. In seinen späteren Arbeiten konnte Geyer darlegen, dass die hier skizzierte technokratische Einstellung einen modernen Offizierstyp prämierte, bei dem sich nüchterner Professionalismus mit rücksichtsloser Gewaltbereitschaft verband. Voluntarismus, Effizienzdenken, Anwendungswissen (»Expertise«) und Wirkungsmaximierung traten vor die überkommenen Zweckbindungen des militärischen Instruments. Dieser Offizierstyp, der sich in Gestalt von Werner von Blomberg, Walter von Reichenau oder Wilhelm Keitel porträtieren lässt, gelang der Übergang in die nationalsozialistische Wehrmacht erheblich leichter als den alten professionellen Karriereoffizieren wie Ludwig Beck oder Werner von Fritsch. Der Anschluss an ein ideologisch aufgeladenes Handlungskonzept der Improvisation, der raschen Entschlüsse, kühnen Aushilfen und fanatischen Zähigkeit, das Hitler anbot, scheint bei dem modernen Offizierstyp nicht allzu schwer gewesen zu sein – zumal die Wehrmacht ihr eigenes Aufrüstungsprogramm auf Basis der überkommenen professionellen Standards gar nicht bewältigen konnte. In späteren Arbeiten hat Geyer diese Spur weiterverfolgt bis hin zu der Frage nach der deutschen Art Krieg zu führen, die ihrerseits wieder neue Debatten ausgelöst hat.⁷

7 Michael Geyer, Krieg, Genozid, Ausrottung: Der Krieg gegen die Juden in einer Ära der Weltkriege. In: Konrad Jarausch und Michael Geyer, Zerbrochener Spiegel. Deutsche Geschichte im

Neben dieser Entwicklung gab es eine weitere, die freilich bestimmten Führungsverwendungen vorbehalten blieb. Kriegführung war nicht allein vergesellschaftet worden, sie war auch »politisch«. Prominenter Ausdruck dieser Entwicklung war die Genese von »Militärpolitik«, die mehr zu regeln beanspruchte als die traditionelle Verlegungsplanung und die Allianzpolitik. Koordinierte gesamtpolitische Sicherheitsvorsorge und organisierte Fähigkeitsentwicklung rückten in den Fokus einer genuin militärischen Politik, die bis in die zivil-militärischen Beziehungen (z.B. vormilitärische Ausbildung) ausstrahlte.

Die Überlegungen von Geyer laden dazu ein, nach den Berührungspunkten zu suchen, an denen sich die Entwicklungen von militärischer Professionalität und Militärpolitik »in der Realgeschichte militärischer Sachprobleme« zusammenschließen. Dabei ist es interessant zu verfolgen, welche Amalgamierungen von »Soldat« und »Politik« sich bereits in den Auseinandersetzungen der 1920er Jahre um das soldatische Leit- und Berufsbild finden lassen. Schon vor 1933 war ein Militärautor wie Kurt Hesse engagierter Befürworter einer »vertieften Berufsauffassung« gewesen, die über das »operativ-taktische Denken« hinausgeht und den Raum des Politischen (»den Staat denken«) umfassen müsse.⁸ Dem lag zweifellos ein problematisches Staatsbild zugrunde. Gleichwohl können solche Beiträge nicht auf ihren ideologischen Gehalt reduziert werden, auch wenn das ihre Anschlussfähigkeit an die späteren Leitvorstellungen des NS-Regimes und der nazifizierten Wehrmacht vom »politischen Soldaten« naheulegen scheint. Manfred Messerschmidt hat indessen in seiner Studie über die »Wehrmacht im NS-Staat« (1969) auf das grundsätzliche und regimeübergreifende Problem einer »Grenze der Immanenz« in der soldatischen Sozialisation und Professionalisierung aufmerksam gemacht, die mit dem Eintritt in die sozial und politisch zerklüftete, moderne Massengesellschaft einhergegangen sei. Die Forderung nach gesellschaftlicher Integration und professioneller Vielseitigkeit wurde spätestens seit dem Ersten Weltkrieg zu einem andauernden Strukturproblem des Militärs und der zivil-militärischen Beziehungen.

Ein vielleicht verblüffender Ausdruck dafür findet sich, wie Frank Nögler in seiner Studie »Der gewollte Soldat und sein Wandel« (2010) gezeigt hat, in der Konstruktion des »Staatsbürgers in Uniform« der Bundeswehr, dessen frühe

20. Jahrhundert, München 2005, S. 126–174; Isabel V. Hull, *Absolute Destruction. Military Culture and the Practices of War in Imperial Germany*. Ithaca, NY, London 2005; Dirk Bönker, *Ein German Way of War? Deutscher Militarismus und maritime Kriegführung im Ersten Weltkrieg*. In: *Das Deutsche Kaiserreich in der Kontroverse*. Hrsg. von Sven Oliver Müller und Cornelius Torp, Göttingen 2009, S. 308–322.

⁸ Kurt Hesse, *Von der nahen Ära der »Jungen Armee«*, Berlin 1925, und Kurt Hesse, *Wandlung des Soldaten. Versuch einer Begründung des deutschen Berufssoldatentums*, Berlin 1931.

Begründungen in vielerlei, wenn auch nicht in normativer Hinsicht zentrale Motive des vormaligen »politischen Soldaten« aufnahmen. Bei beiden Leitmodellen stehen der totale Krieg als Ordnungskonflikt, das komplexe und dynamische Gefechtsfeld und der gesellschaftlich integrierte Kämpfer im Zentrum von Überlegungen, die zu verschiedenen Ausprägungen eines politischen Soldatenbildes führten. In gegensätzlichen Regimekontexten schloss sich hier, so könnte man im Anschluss an Geyer folgern, Professionalität mit dem Politischen zusammen. Mit dieser Beobachtung eröffnet sich zugleich ein Zugang zu den aktuellen Problemlagen »gesamtsstaatlicher Sicherheitsvorsorge«, die, wie immer wieder bekräftigt wird, weder mit militärischem Professionalismus noch mit militärischen Mitteln zu gewährleisten ist. Man mag das als arbeitsteiligen Prozess nach Maßgabe des »vernetzten Ansatzes« begreifen, in dem jeder seinen Teilbeitrag leistet, doch das ist nur die halbe Wahrheit. Die sicherheitspolitischen Herausforderungen greifen tiefer in das militärische Selbstverständnis ein, als meist zugestanden wird. Vielmehr ist es an der Zeit, die Anforderungen heutiger Einsätze, die Komplexität ihrer Zwecksetzungen und Zielstellungen (die von Haus aus die militärische Dimension sprengen), die ordnungspolitischen Implikationen von »Sicherheit« oder »Stabilisierung« sowie die doppelte Öffentlichkeit ihres Verlaufs (»among the people« und »among the public«) auf ein zeitgemäßes Soldaten- und Berufsbild zu projizieren.⁹

Aus der Lektüre der Arbeiten von Michael Geyer könnte man lernen, wie sich ein anspruchsvoller Begriff des Politischen mit einer zeitgemäßen militärischen Professionalität verbinden lässt. Das wäre dann eine neue Pointe seines Werkes, das mit jenen umfangreichen »Bemerkungen« in den MGM zur Reichswehr-Literatur begann: Militärgeschichtsschreibung als Instrument der Zeitdiagnostik.

⁹ Vgl. dazu meine Projektperspektive: Das politische Gefechtsfeld. Militärische Berufsbilder in den Neuen Kriegen. In: *Mittelweg* 36, 23 (2014), 6, S. 28–48.